

Ingolfur Blühdorn | Literaturessay | 05.02.2025

Hinterm Horizont geht's weiter

Literaturessay zu „Kapitalismus am Limit. Öko-imperiale Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik und solidarische Perspektiven“ von Ulrich Brand und Markus Wissen



Ulrich Brand / Markus Wissen
**Kapitalismus am Limit . Öko-imperiale
Spannungen, umkämpfte Krisenpolitik
und solidarische Perspektiven**
Deutschland
München 2024: oekom
304 S., 24,00 EUR
ISBN 978-3-98726-065-0

Dieses Buch hatte ich mit Spannung erwartet. Das vorige der Autoren, die *Imperiale Lebensweise*, war ein Bestseller und ist mittlerweile zum Klassiker geworden.¹ Inhaltlich hatte es – aus sozialwissenschaftlicher Sicht – eigentlich nicht viel Neues geboten, aber sein Titelbegriff brachte eine bekannte Diagnose neu, zeitgemäß und politisch (an-)griffig auf den Punkt. Besser noch als Stephan Lessenichs Begriff der „Externalisierungsgesellschaft“² war er geeignet, nicht nur den globalisierten Kapitalismus zu skandalisieren, sondern die gesamte Zivilisation der Ungleichheit und Zerstörung, die auf ihm gründet. Diese Zivilisation ist ökologisch und moralisch unhaltbar, war die Botschaft der Autoren, aber die „Konturen einer solidarischen Lebensweise“ seien bereits erkennbar. Allerdings ließ das Buch offen, wie der Abgrund zwischen der überzeugenden Analyse der „imperialen Lebensweise“ und den im letzten Kapitel folgenden Anmerkungen zur „solidarischen Lebensweise“ sozialtheoretisch und in der politischen Praxis je überbrückt werden sollte. Und aus sozialwissenschaftlicher Perspektive störte auch der starre normative Horizont der Autoren, der zur Analyse der spätmodernen Gesellschaft kaum mehr geeignet schien. Insgesamt war die *Imperiale Lebensweise* mit ihrer traditionellen Kapitalismuskritik, ihren Annahmen bezüglich der Entfremdungserfahrungen spätmoderner Menschen und ihrem

Verständnis von Emanzipation schon damals ein zwar sympathisches, aber etwas altmodisches Buch – sonderbar abgekoppelt von den sozialwissenschaftlichen Diagnosen und Debatten seiner Zeit, etwa zur „Postdemokratie“, zur „Singularisierung“ oder zur „Dialektik der Emanzipation“.³ Aber vielleicht hatte auch genau das das Buch zum Bestseller gemacht: als wärmende, rückversichernde, Orientierung gebende Erinnerung an eine Welt, in der es noch normative Sicherheit gab und man die Probleme, politischen Gegner und Lösungen noch klar benennen konnte.

Gerade wegen der damals offen gebliebenen Fragen war ich auf das neue Buch gespannt. Eine – vielleicht *die* – zentrale Frage, mit der sozialwissenschaftlich orientierte Leser an *Kapitalismus am Limit* herangehen werden, ist, inwieweit es Ulrich Brand und Markus Wissen nun gelingt, über ihren früheren normativen Horizont hinauszureichen, um das Wesen der spätmodernen Gesellschaft und ihrer Krisenphänomene differenzierter zu erfassen, und darauf aufbauend dann vielleicht überzeugendere Perspektiven für die Überwindung der imperialen Lebensweise zu entwickeln. Eine derartige Weiterentwicklung tut heute dringend Not. Denn was sich damals nach dem Verebben der Occupy Wall Street Bewegung und ihrer europäischen Ableger bereits abzeichnete, ist inzwischen noch viel deutlicher hervorgetreten: Eine tiefe Krise des öko-emanzipatorischen Projekts. Eine Klimabewegung ist kometenhaft aufgestiegen und mitsamt ihren Galionsfiguren – ohne nennenswerte Transformationsimpulse – wieder in der Versenkung verschwunden. Eine Pandemie hat wissenschafts- und elitenskeptische Querdenker auf den Plan gerufen, die sich emanzipatorische Traditionen aneigneten und sie ummünzten, um als Freiheitskämpfer die Normalität der Nicht-Nachhaltigkeit zu verteidigen. Das Projekt einer sozial-ökologischen Transformation und die emanzipatorische Kritik an der kolonial-imperialen Basis der westlichen Moderne wurden derweil zum Triggerpunkt für eine aggressive Revolte gegen die „grüne Verbotspolitik“ und „woke“ Minderheiten-, Geschlechter- und Identitätspolitik.

Konservative sprechen erleichtert vom „Ende der grünen Hegemonie“.⁴ Was mühsam an ökopolemischen Konsens erkämpft worden war, wird radikal in Frage gestellt. Das vormals Dystopische wird normalisiert. Maßnahmen zur Stabilisierung der Wirtschaft und Verteidigung des Wohlstands haben höchste Priorität. Die digitale Revolution ist stürmisch vorangeschritten; künstliche Intelligenz beschleunigt den Niedergang der Demokratie – und eröffnet große Perspektiven für weitere Häutungen des Kapitalismus. Migration, Grenzsicherung und Abschiebung bestimmen partei- und länderübergreifend die politische Diskussion. Und auch in der soziologischen Debatte besteht Einigkeit, dass sich die Verhältnisse grundsätzlich verändert haben: „Anpassung“ sei in der Spätmoderne als neues

Leitprinzip an die Stelle der Emanzipation getreten.⁵ „Fortschritt“ und „Transformation“ werden als Projekte zunehmend verabschiedet. „Gekränkte Freiheit“ und Erfahrungen von „Verlust“ verschärfen die „Krise der Spätmoderne“.⁶ Die Unterscheidung von „progressiv“ und „regressiv“ ist gründlich durcheinandergeraten.⁷ Die „Demokratiedämmerung“ sowie die selbstzerstörerische Dynamik von Liberalismus und Emanzipation sind unübersehbar.⁸ Die hergebrachte Kapitalismuskritik hingegen und die große öko-moralische Pose gelten zunehmend als erschöpft.⁹ Für die sozialwissenschaftliche Gegenwartsdiagnostik und die sich als transformativ verstehende Nachhaltigkeitsforschung bedeutet all das eine gewaltige Herausforderung, die sie über die Grenzen ihrer etablierten Komfortzone hinauszwingt.¹⁰ Wie gehen Brand und Wissen mit dieser veränderten Lage um? Welche Erklärungen bieten sie?

Kapitalismus am Limit umfasst sieben Kapitel. Im ersten skizzieren die Autoren Kernelemente ihrer Analyse, Kritik und Perspektive. Ihr Einstiegspunkt sind die „worst-case-Szenarien“, „die nicht nur den Kollaps von Gesellschaften, sondern die komplette Auslöschung der Menschheit zur Folge haben“ könnten (S. 13). Damit ist gleich klar: Brand und Wissen bleiben in der bekannten Rhetorik von *Wende oder Ende* sowie im objektivistischen – und aktivistischen – Verständnis von Krise und Untergang. Ihre Agenda ist „eine problemadäquate Wahrnehmung und Behandlung der sehr realen Klimakrise“ (S. 16). Sie kämpfen gewissermaßen gegen die „Apokalypseblindheit“, mit der sich bereits Günther Anders herumgeschlagen hatte.¹¹ Sie kritisieren, dass gerade die Klimaforschung und die Erdsystemwissenschaften sich weitgehend auf die „harten naturwissenschaftlichen Fakten“ konzentrieren und sich über die nicht weniger zentralen „gesellschaftlichen Ursachen“ sowie die gesellschaftlichen Kräfte, „die eine Katastrophe vielleicht noch verhindern könnten“, nahezu gänzlich ausschweigen (S. 14). In ihrem eigenen Verständnis des zu bearbeitenden Problems beschränken aber auch sie sich auf die „harten naturwissenschaftlichen Fakten“. Ihr Insistieren auf eine „problemadäquate“ Wahrnehmung und Bearbeitung der „sehr realen“ Klimakrise blendet aus, dass im politischen Diskurs der Spätmoderne wissenschaftliche Erkenntnisse offenbar abnehmende Bedeutung haben beziehungsweise gesellschaftlich immer weniger als problematisch wahrgenommen werden. Und mit den „gesellschaftlichen Ursachen“ der Krise, die dringend genauer zu untersuchen seien, meinen die Autoren vor allem die vielzitierten Widersprüche des Kapitalismus. Ihre „These ist, dass die kapitalistische Produktionsweise und die mit ihr verbundene imperiale Lebensweise die entscheidende Ursache dafür sind, dass die Menschheit die planetaren Grenzen überschreitet und sich in einem potenziell katastrophischen Bereich manövriert“ (S. 18). Diese These ist nicht ganz neu. Sie übergeht aber vor allem, dass sowohl die sozial-ökologische Krise als auch die

Krise der Spätmoderne im umfassenderen Sinne ihre „gesellschaftliche Ursache“ nicht nur im Kapitalismus, sondern auch ganz wesentlich in den unerwarteten Nebenwirkungen des progressiven Projekts selbst haben, das unter anderem zu einem gewaltigen Motor des fossilen Wachstums und der fortgesetzten Externalisierung von dessen Konsequenzen wurde.¹²

Die gesellschaftlichen Kräfte schließlich, die eine Katastrophe vielleicht noch verhindern könnten, sind für Brand und Wissen in ganz traditioneller Sichtweise die „transformativen Zellen“ (S. 29, 235 ff.), in denen „progressive gesellschaftliche Kräfte“ (S. 17) diese Widersprüche „auf eine emanzipatorische Weise“ (S. 26) politisieren, an der „Demokratisierung der Demokratie“ (S. 28) arbeiten und „eine grundlegende sozial-ökologische Transformation vorantreiben“ (S. 24). Diese Erzählung kennen wir seit dem ausgehenden 19. Jahrhundert, und heute ist sie wohl weniger glaubwürdig denn je.¹³ Statt sie bedenkenlos zu reproduzieren, hätte die Sozialwissenschaft auszuleuchten, dass und warum sie in der Spätmoderne nicht nur transformationspolitisch, sondern auch normativ höchst zweifelhaft geworden ist. Denn inzwischen wissen wir etwa, dass die öko-emanzipatorischen Bewegungen dazu beigetragen haben, Freiheitsverständnisse und Selbstverwirklichungsmuster hegemonial zu machen, die ökologisch und sozial zerstörerisch sind. Und in der Spätmoderne wird sichtbar, dass die „große Katastrophe“, die die progressiven Bewegungen immer verhindern wollten und sollten, möglicherweise nicht primär im Untergang der Menschheit oder in der Unbewohnbarkeit des Planeten liegt, sondern zunächst einmal im Zusammenbruch des aufklärerisch-modernistischen Wertedachs, unter dem diese Katastrophe als katastrophal erschien.¹⁴

Brand und Wissen fordern von den „kritischen Sozialwissenschaften“, die „großen Fragen“ zu stellen (S. 24). Bei den oben aufgeworfenen handelt es sich um solche Fragen. Es sind Fragen, bei denen es für die kritischen Sozialwissenschaften ans Eingemachte geht, und die sie zu Erkenntnissen zwingen, die ihnen womöglich Applaus von der ideologisch falschen Seite einbringen. Aber die Autoren selbst bleiben lieber bei der – natürlich ebenfalls berechtigten – Frage nach den „immer zerstörerischen kapitalistischen Naturverhältnissen“ (S. 24). Nach der Lektüre ihres ersten Kapitels ahnt man: Eine neue und eigene These, die zum Verständnis der fundamentalen Transformation, in der spätmoderne Gesellschaften sich befinden, in innovativer Weise beitragen würde, ist in diesem Buch nicht zu erwarten. Brand und Wissen vertiefen eher das im Prinzip bereits Bekannte. Aber auch das hat seinen Wert.

Kapitel 2 bietet eine weitere Einführung in das Konzept der imperialen Lebensweise. Unter

anderem wird ausgeführt, dass es bei der von Olaf Scholz nach Russlands Angriff auf die Ukraine angekündigten Zeitenwende nicht um eine Transformation im sozial-ökologischen Sinne ging, sondern vielmehr um die Befestigung der etablierten Ordnung. Kapitel 3 fächert den Begriff der sozial-ökologischen Krise auf. Am erdgeschichtlichen beziehungsweise erdsystemwissenschaftlichen Konzept des Anthropozän kritisieren die Autoren, dass es „keinen Begriff der Gesellschaft“ habe und blind sei für die Tatsache, „dass Menschen je nach der Gesellschaft, in der sie leben, sehr unterschiedlich mit der Natur umgehen“ (S. 60). Relevanter seien daher Ansätze, „die die Treiber der sozial-ökologischen Krise ausgehend von der politischen Ökonomie und politischen Ökologie des Kapitalismus identifizieren“ (S. 72). Der Kapitalismus sei aber seinerseits bereits in einer tiefen Krise, weil er „auf Voraussetzungen angewiesen ist, die er selbst nicht herstellen kann, sondern im Gegenteil ständig zu untergraben droht“ (S. 81). Für die kapitalistischen Ökonomien des globalen Nordens werde es immer schwieriger, „ihre sozial-ökologischen Kosten zu externalisieren und sich ihre äußeren Voraussetzungen in Gestalt von Natur und unbezahlter oder gering bezahlter Arbeit anzueignen“ (S. 81). „Das Vorhandensein eines Außens“, von dem der Kapitalismus jedoch existenziell abhängt, könne „heute nicht mehr vorausgesetzt werden“ (S. 82). Wahrscheinlich sei daher, „dass der Kapitalismus in nicht allzu ferner Zeit endet“ und „eine postkapitalistische Produktionsweise“ (S. 91) an seine Stelle treten werde. Zwar zeichne sich einstweilen noch „keine auch nur einigermaßen problemadäquate politische und gesellschaftliche Reaktion“ auf die sich zuspitzende Krise ab (S. 85), doch die Transformationskämpfe seien bereits in vollem Gange. Drei wichtige, miteinander konkurrierende Positionen seien die „ökologische Modernisierung“, die „autoritäre Stabilisierung“ und die „solidarische Überwindung“ der imperialen Lebensweise (S. 91). Diese drei Ansätze beleuchten Brand und Wissen in den Kapiteln 4, 6 und 7.

Am Beispiel des European Green Deal (EGD) erklären sie noch einmal, warum Strategien der ökologischen Modernisierung letztlich nicht transformativ wirken, sondern die imperiale Lebensweise vielmehr stabilisieren. Diese Kritik ist nicht neu, aber ihre Aktualisierung und die Einordnung des EGD in diesen Kontext ist wichtig. Denn der EGD, argumentieren die Autoren richtig, bedeutet letztlich „die Weiterführung eines Wirtschaftsmodells, das auf Externalisierung beziehungsweise Verschiebung der Kosten in Länder des globalen Südens und an die europäische Peripherie basiert“ (S. 117). Ein großes Problem liege dabei darin, dass „die Dekarbonisierung der europäischen Wirtschaft bis 2050 mit einem enormen Anstieg des Verbrauchs an Rohstoffen einhergeht“ (S. 116). Auch das ist richtig, aber könnte es nicht auch sein, dass der EGD und die ökologische Modernisierung im weiteren Sinne vielleicht doch eine „problemadäquate Lösungsstrategie“ darstellen? Und bedeutet die fortgesetzte Externalisierung ökologischer

und sozialer Kosten wirklich, dass der Kapitalismus jetzt „die Grenze seiner Stabilisierungsmöglichkeiten“ erreicht (S. 107)? Für Ersteres wäre genauer zu klären, was genau eigentlich die „Probleme“ sind, die Strategien der ökologischen Modernisierung lösen beziehungsweise nicht lösen, und inwieweit sie wirklich „scheitern“ oder aber durchaus erfolgreich sind.¹⁵ Im Hinblick auf Letzteres deuten – abgesehen davon, dass der Konsens zu seiner Verteidigung parteiübergreifend ist – nicht nur die neue Krypto-Ökonomie und die rasante Entwicklung der künstlichen Intelligenz darauf hin, dass die Stabilisierungsmöglichkeiten des Kapitalismus wohl noch keineswegs ausgeschöpft sind.

Kapitel 5 verschiebt den Fokus von der EU auf die weltpolitischen Spannungen. Ausgehend vom zum Zeitpunkt der Publikation noch nicht beschlossenen Mercosur-Abkommen besprechen die Autoren die weltwirtschaftlichen Strukturen und geopolitischen Konflikte als „öko-imperiale Spannungen“. Der Kampf um Rohstoffe und billige Arbeitskräfte sei hier die wesentliche Ursache. Auch auf der Ebene der internationalen Politik sei allerdings kaum Transformationswille zu erkennen. Vielmehr bestehe auch in den Ländern des globalen Südens ein Konsens über die „Ausbreitung und Vertiefung der imperialen Lebensweise“. Trotz aller weltwirtschaftlichen und -politischen Veränderungen bleibe „das System“ daher „auf Wachstum und Akkumulation“ getrimmt und „damit auf mehr oder weniger rücksichtslose Naturausbeutung“ (S. 135). Erneut bestätigt sich also, dass die Voraussetzungen für eine sozial-ökologische Transformation äußerst ungünstig sind. Aber je mehr die Autoren diese Analyse ausbauen, desto mehr fragt man sich, wie sie im verbleibenden Teil des Buches noch die Kurve zu den *solidarischen Perspektiven* bekommen werden.

Implizit scheinen sie davon auszugehen, dass die Auszehrung des Außen, der drohende ökologische Kollaps und die schwindenden Möglichkeiten des kriselnden Kapitalismus, sich wieder zu stabilisieren, die solidarische Alternative schlicht erzwingen werden. Diese heimliche Hoffnung auf die große Katastrophe war seit jeher ein wichtiges Element im öko-politischen Denken. Aber in der Spätmoderne ist sie – sowohl von der Seite der ökologischen Katastrophe her gedacht, als auch von der der solidarischen Perspektiven – weniger überzeugend denn je. Und je mehr die Autoren betonen, dass die Sicherung und der weitere Ausbau der imperialen Lebensweise nicht nur im globalen Norden unverhandelbar ist, desto mehr wird es zum Versäumnis, dass sie sich so einseitig auf die materielle Seite der angeblich objektiven Probleme konzentrieren, die kulturelle Dimension, also die gesellschaftliche Wahrnehmung und Bewertung der empirischen Konsequenzen, hingegen vollständig ausblenden. Auch das ist für aktivistische Literatur freilich typisch. Sie war immer darum bemüht, die Probleme zu objektivieren; aber in der

sozialwissenschaftlichen Literatur werden die höchst flexible Wahrnehmung empirischer Fakten und die soziale Konstruktion von vermeintlich „objektiven“ Problemen seit Jahrzehnten diskutiert. Und diese Perspektive macht sichtbar, dass ebenso wie der Kapitalismus notwendig von einem *materiellen* Außen abhängig ist, die Kapitalismuskritik sowie auch die Diagnose von angeblich objektiven ökologischen Krisen und Katastrophen notwendig von einem *kulturellen* Außen, das heißt vom Vorhandensein sicherer normativer Kriterien, abhängen. Das „Vorhandensein eines Außens“, kann aber, wie Brand und Wissen richtig feststellen „heute nicht mehr vorausgesetzt werden“ (S. 82). Und das gilt in der Spätmoderne nicht nur für das materielle, sondern auch für das kulturelle Außen. Tatsächlich geht die Parallele noch einen Schritt weiter: Ähnlich wie der Kapitalismus unerbittlich die materiellen Grundlagen auszehrt, auf denen er notwendig beruht, geht es in kultureller Hinsicht auch bei der emanzipatorischen Kapitalismuskritik und der Angst vor der Ökokalypse.¹⁶ Die postapokalyptische Normalisierung der Klimaerwärmung, die Gewöhnung an das Ertrinken im Mittelmeer oder vor den Kanaren, die breite Rebellion gegen die „grüne Verbotspolitik“ oder die Anziehungskraft rechtsextremer Parteien gerade auch auf junge Wähler zeigen das unmissverständlich an. Für den Kapitalismus eröffnet das neue Perspektiven. Er ist nicht am Limit; er funktioniert auch – und profitabler – ohne Demokratie, Umweltgesetze und Menschenrechte. Bei der Kapitalismuskritik ist das anders, und bei der solidarischen Alternative zur imperialen Lebensweise auch.

Mit der Konjunktur des Rechtspopulismus und rechtsextremer Parteien befassen Brand und Wissen sich im dann folgenden Kapitel, dem sechsten. Sie interpretieren den Rechtsruck als den Versuch, die imperiale Lebensweise, deren Konsequenzen sich im Rahmen der liberalen Demokratie immer weniger regieren lassen, mit autoritären Mitteln zu stabilisieren. Richtig betonen sie, dass die autoritäre Rechte keineswegs mit dem Neoliberalismus bricht, sondern „die Politiken der Liberalisierung, Privatisierung, Deregulierung, Finanzialisierung und Austerität in vielen Bereichen“ fortsetzt (S. 170). Im Kern stehe die AfD „für eine autoritär-protektionistische Variante des Neoliberalismus, die darauf zielt, Unternehmen und Besserverdienende zu entlasten und die soziale Sicherung den Familien zu übertragen“ (S. 181). Das kann man nicht oft genug betonen! Und völlig zurecht halten die Autoren auch fest, „dass die Rechte nur der extreme Ausdruck einer Entwicklung ist, die in manchen Bereichen auch von den bürgerlichen Kräften vorangetrieben wird“ (S. 194f). Tatsächlich – diese These hat sich inzwischen recht breit durchgesetzt – findet die nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit in der rechtsautoritären Politik ihre politische Form.¹⁷ Der Rechtspopulismus forciert die „Emanzipation zweiter Ordnung“ und organisiert die Exklusion, die zur Verteidigung der imperialen Lebensweise, also *unserer Freiheit, unserer Werte und unseres Lebensstils*, unverzichtbar ist. Und er beschafft,

solange das noch erforderlich ist, die demokratische Legitimation für zunehmende Ungleichheit, Ausbeutung und Unterdrückung. Allerdings ist er wohl nur eine Zwischen- oder Übergangsform, denn in der Spätmoderne befreit sich der Kapitalismus aus der Abhängigkeit von demokratischer Legitimation und wird – die empirischen Indizien sind beängstigend – oligarchisch und autoritär.

Brand und Wissen vertreten demgegenüber die Ansicht, es bestehe weiterhin die Wahl zwischen „dem rechten Projekt“ und „der emanzipatorischen Alternative“ (S. 177). Die beiden Optionen seien, „hinter die liberale Demokratie zurückzufallen und die imperiale Lebensweise autoritär zu stabilisieren“ oder „die Demokratie zu demokratisieren und eine solidarische Lebensweise anzustreben“ (S. 172). Ihre Beschreibung des rechten Projekts als regressiv verfehlt jedoch einen wesentlichen Punkt: Dieses Projekt ist nicht der Nachhall von etwas Vergangenen, sondern – Brand und Wissen deuten es selber an – die Vorhut der offensiv und aggressiv ausgrenzenden Verteidigung der schon immer auf Kolonialismus und Externalisierung beruhenden Freiheit und Zivilisation des Westens, die nicht zuletzt durch die emanzipatorischen Bewegungen so hoch entwickelt, so breit und tief verankert – und so wenig verallgemeinerbar – wurden. Und der Rechtspopulismus wiederum ist, wie die Autoren richtig sagen, der Versuch, *unsere Freiheit, unsere Werte und unseren Lebensstil* durch offene Exklusion zu verteidigen. Entsprechend irren Brand und Wissen, wenn sie in traditionell progressiver Weise auf eine Demokratisierung der Demokratie setzen, denn genau dieses Projekt hatte ja den Ressourcenverbrauch heftig aufgebläht, in die entgrenzte und *gekränkte Freiheit* geführt sowie zur nun breit empfundenen *Dysfunktionalität der Demokratie*.¹⁸ Vor diesem Hintergrund erscheint Brands und Wissens „solidarische Überwindung“ der imperialen Lebensweise dann kaum noch als „emanzipatorische Alternative“, sondern eher als anachronistische Rhetorik, als ein Verband, der eine unerträgliche Wunde zudeckt.

Bereits nach der Besprechung des European Green Deal und der „öko-imperialen Spannungen“ in der internationalen Politik in den Kapiteln 4 und 5 hatte man als Leser an dieser Erzählung Zweifel. Nach der in vielen Hinsichten dennoch guten und wichtigen Einordnung des Rechtspopulismus wird es noch einmal schwieriger, an das Narrativ von der „solidarischen Überwindung“ der imperialen Lebensweise zu glauben. Das abschließende Kapitel ist denn auch vor allem eine Aneinanderreihung von Appellen, die man uneingeschränkt teilen möchte, die wegen ihrer Unverbundenheit zu den vorhergehenden Beobachtungen und Analysen aber eher frustrierend wirken. Ohne Erinnerung an ihre eigene Beobachtung, dass die „Ausbreitung und Vertiefung der imperialen Lebensweise“ auch im globalen Süden breiten Rückhalt findet, fordern die

Autoren nun schlicht einen „Übergang zu einer Produktionsweise, in der das gute Leben für alle und nicht die Verteidigung von Partikularinteressen mächtiger Eliten der zentrale Bezugspunkt ist“ (S. 201). In gleichermaßen populärer und paternalistischer Manier fragen sie: „Warum sollten wir weiterhin Ressourcen und menschliche Kreativität für die Entwicklung neuer Finanzinstrumente, das Design von SUVs oder die Optimierung von Waffensystemen verschwenden?“ Vielmehr sollten wir „die sozialen Anstrengungen, die praktische und kollektive Intelligenz der Beschäftigten in der Produktion, in der Pflege oder im Gesundheitswesen [...] in den Dienst eines guten Lebens für alle stellen“ (S. 205 f.). Natürlich sind diese Überlegungen berechtigt, aber sehr ähnliche Fragen und Empfehlungen hat man auch schon vor fünfzig oder hundert Jahren gestellt beziehungsweise gegeben. Schwärmerisch sprechen Brand und Wissen von einer „Praxis systemsprengender Solidarbeziehungen“ und von der „Vorwegnahme einer gewaltfreien Welt, in der alle ein gutes Leben haben können“ (S. 211). Es gelte nun, „innezuhalten und zu fragen, was gesellschaftlich notwendig ist und so produziert werden kann, dass es die Erde nicht weiter aufheizt und die Lebensgrundlagen der Menschen hierzulande, anderswo und in der Zukunft nicht zerstört“ (S. 205). Es bedürfe „der Bereitschaft, sich zu informieren und sich zu beteiligen“; „Verantwortung zu übernehmen“ müsse „gelernt und gesellschaftlich ermöglicht werden“. „In Zeiten der sich zuspitzenden Klimakrise“ sei es geboten, „ein breites und emanzipatorisches Verständnis von Freiheit zu entwickeln“ (S. 233). All dies sind Leerformeln und Gemeinplätze. Hier wiederholt sich die Erfahrung, die sich bereits am Ende des Vorgängerbuches einstellte: Richtigerweise sollte das Kapitel „solidarische Appelle“ oder „solidarische Träume“ heißen, denn echte „Perspektiven“, also überzeugende Strategien für und begründete Aussichten auf eine Transformation finden sich hier nicht. Die alten Geschichten von den „transformativen Zellen“ kann man freilich ad libitum wiederholen, aber das Prädikat Sozialwissenschaft verdienen sie nicht. In der Spätmoderne wirken sie abgeschmackt und schal.

Bleibt abschließend zu klären, inwieweit Brand und Wissen den Ansprüchen gerecht werden, die sie selbst ausdrücklich formulieren. In der Einleitung versprechen sie eine „Zeitdiagnose“ (S. 26 f.) und auch der Titel des Buches deutet in diese Richtung. Darüber hinaus wollen sie „zum Handeln ermutigen“ (S. 26) und zur „Stärkung solcher Praxen beitragen, die die Grenzen des Kapitalismus in einem emanzipatorischen Sinn zu überschreiten versuchen“ (S. 37). In der Tradition der kritischen Soziologie verfolgen sie also ein „praktisches“ Erkenntnisinteresse (S. 37). Zeitdiagnostisch krankt das Buch zunächst daran, dass heute zentrale Themen wie die digitale Revolution, die künstliche Intelligenz oder die neue Krypto-Ökonomie gar nicht vorkommen. Das sind sonderbare Leerstellen, zumal viele gerade hier neue Perspektiven für den Kapitalismus sehen.

Schwerer wiegt aber, dass die Autoren nie wirklich klären, was genau für sie eigentlich „am Limit“ ist. Der Buchtitel legt nahe, dass sie den Kapitalismus meinen, und es gibt zahlreiche Passagen im Buch, die diese Interpretation bestätigen. Gleichzeitig betonen sie aber wiederholt, dass der gesellschaftliche Transformationswille sehr beschränkt sei und der Kapitalismus sich nicht ohne weiteres überwinden lasse. Umso naheliegender – und zeitdiagnostisch wichtiger – wäre es da doch, das Limit nicht auf den Kapitalismus zu beziehen, sondern auf den normativen Horizont, aus dem heraus die kritische Soziologie und die aktivistische Kapitalismuskritik traditionell ihre Problemdiagnosen formulieren und transformative Strategien entwickeln – die in der Spätmoderne aber offensichtlich immer weniger transformative Kraft zu entfalten vermögen. Doch das ist aus kritisch-aktivistischer Perspektive keine Option. Stattdessen halten Brand und Wissen an der *Wende oder Ende* Rhetorik fest. Den Zeitkern, den geographischen Ort und auch die sozialstrukturelle Heimat dieser Erzählung übergehen sie. Der Einsicht, dass das öko-emanzipatorische Projekt mit seinen vermeintlich universellen Normen tatsächlich immer nur ein Projekt war, verweigern sie sich. Dass genau dieses Projekt und seine normative Basis gerade zerbrechen, ist aber das zentrale Merkmal der Spätmoderne,¹⁹ und die Ursache für den fundamentalen Orientierungsverlust, für die verwirrende Repolitisierung etablierter Verständnisse von *progressiv* und *regressiv* sowie für die in allen Segmenten des ideologischen Spektrums zu beobachtende verbissene Verteidigung bestimmter Basiswerte.

Kapitalismus am Limit krankt – soziologisch gesehen – daran, dass die Autoren keine Theorie der Moderne kennen, sondern nur eine des Kapitalismus. Zwar legen sie ihrer Kritik am Kapitalismus sowie ihrem Narrativ von dessen „solidarischer Überwindung“ Normen zugrunde, die sich nicht aus der Kapitalismustheorie ableiten lassen, sondern offensichtlich aus der Theorie der Moderne stammen, aber das reflektieren sie nicht. Ebenso wenig reflektieren sie, dass ihre progressiven Normen – Freiheit, Emanzipation, Inklusion, Selbstbestimmung etc. – bestenfalls als Begriffshülsen Konsens, bezüglich ihrer inhaltlichen Bestimmung aber grundsätzlich umstritten sind, und Gegenstand einer immer fortlaufenden Neuverhandlung. Ihr Buch ist insofern zutiefst unsoziologisch. Zum Verständnis der Spätmoderne trägt es wenig bei. Und bei der Frage, ob und inwieweit es in praktischer Absicht und für die transformative Agenda hilfreich ist, kommt man auf dieses Manko sogleich wieder zurück. Denn ob eine transformative Agenda in praktischer Absicht wirklich aussichtsreich ist, hängt wesentlich davon ab, wie gut die zugrunde liegende Zeit- und Gesellschaftsdiagnose ist. Wenn man ein „praktisches Erkenntnisinteresse“ verfolgt, darf man sich nicht darauf beschränken, moralische Bekenntnisse zu verkünden und aus der Welt des Glaubens, Hoffens und Wünschens zu berichten, sondern die vorgeschlagenen Strategien müssen auf soliden Analysen gründen. Nur dann sind sie plausibel und

aussichtsreich. Andernfalls produzieren sie Pessimismus und Frustration.

Kapitalismus am Limit ist ein lesenswertes Buch, das aber über die *Imperiale Lebensweise* letztlich nicht hinausgeht. Immer noch gibt die Wiederholung der alten Geschichten von der öko-emanzipatorischen Transformation eine gewisse Nestwärme; aber noch deutlicher als zuvor ist das nur Restwärme. Die Autoren scheinen das selbst zu ahnen. Sie sehen die „notwendigen Grenzen“ ihrer Überlegungen vor allem in der „Dynamik der aktuellen Krisensituation und der Unvorhersehbarkeit der konkreten Entwicklungen“ (S. 29). Tatsächlich liegen diese Grenzen aber vor allem darin, dass Brand und Wissen in ihrer „Analyse und Kritik im Handgemenge“ (S. 66) nicht bereit sind, über den normativen Horizont der etablierten Kapitalismuskritik hinauszuschauen, und bezüglich der „solidarischen Strategien“ erneut nichts anbieten, was ihre eigene Diagnose wirklich ernst nimmt und erklärt, wie die altbekannten Appelle und Vorschläge aktuell zu einer plausiblen Therapie werden könnten. Das betrifft freilich nicht nur dieses Buch, sondern ist kennzeichnend für weite Teile der öko-aktivistischen Literatur. Doch in der Spätmoderne kehrt sich der alte öko-emanzipatorische Kampfslogan immer mehr gegen deren Rhetorik selbst: *Weiter-So ist keine Option!*

Endnoten

1. Ulrich Brand / Markus Wissen, Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus, München 2017.
2. Stephan Lessenich, Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer Leben, München 2018.
3. Colin Crouch, Postdemokratie, Frankfurt am Main 2008; Andreas Reckwitz, Die Gesellschaft der Singularitäten. Zum Strukturwandel der Moderne, Berlin 2017; Ingolfur Blühdorn / Felix Butzlaff / Margaret Haderer, The Dialectic of Emancipation: Transgressing Boundaries and the Boundaries of Transgression, Themenheft European Journal of Social Theory 25 (2022), 1.
4. Andreas Rödder, Das Ende der grünen Hegemonie, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 7. Januar 2024.
5. Philipp Staab, Anpassung. Leitmotiv der nächsten Gesellschaft, Berlin 2022.
6. Carolin Amlinger / Oliver Nachtwey, Gekränkte Freiheit. Aspekte des libertären Autoritarismus, Berlin 2023; Andreas Reckwitz, Verlust. Ein Grundproblem der Moderne. Berlin 2024; Andreas Reckwitz / Hartmut Rosa, Spätmoderne in der Krise. Was leistet die Gesellschaftstheorie?, Berlin 2021.
7. Rahel Jaeggi, Fortschritt und Regression, Berlin 2023.
8. Veith Selk, Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie, Berlin 2023. Stefan Borg, In search of the common good: The postliberal project Left and Right, in: European Journal of Social Theory 27 (2024), 1, S. 3-21.
9. Armin Nassehi, Kritik der großen Geste: Anders über gesellschaftliche Transformation nachdenken, München 2024.
10. Ingolfur Blühdorn, Planetary boundaries, societal boundaries, and collective self-limitation: Moving beyond the post-Marxist comfort zone, in: Sustainability: Science, Practice, and Policy 18 (2022), 1, S. 576–589; Ders., Soziologische Zeitenwende: Aufbruch aus der öko-emanzipatorischen Komfortzone, in: vorgänge. Zeitschrift für Bürgerrechte

und Gesellschaftspolitik 63 (2024), 1-2, S. 101–116.

11. Günther Anders, Die Antiquiertheit des Menschen Bd. II: Über die Zerstörung des Lebens im Zeitalter der dritten industriellen Revolution, München 1980.
12. Timothy Mitchell, Carbon Democracy. Political Power in the Age of Oil, London 2011; Peter Wagner, Carbon Societies. The social logic of fossil fuels, Cambridge 2024.
13. Hauke Dannemann / Margaret Haderer / Ingolfur Blühdorn, Why now? Questioning the confidence in eco-political experimentation in civil society, Environment and Planning E Nature and Space, 2024, 7–6, S. 2321–2342
14. vgl. dazu Ingolfur Blühdorn, Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Berlin 2024.
15. Ingolfur Blühdorn, Sustainability: Buying time for consumer capitalism, in: Luigi Pellizzoni / Emanuele Leonardi / Viviana Asara (Hg.), Handbook of Critical Environmental Politics, Cheltenham 2022, S. 141–155.
16. vgl. Ingolfur Blühdorn, Ecological ungovernability and the transition to post-liberal modernity. On the dialectic of the eco-emancipatory project, in: European Journal of Social Theory 28 (2025), 4 (im Erscheinen).
17. vgl. dazu Ingolfur Blühdorn, Nicht-Nachhaltigkeit auf der Suche nach einer politischen Form. Konturen der demokratischen Postwachstumsgesellschaft, in: Berliner Journal für Soziologie 28 (2018), 1–2, S. 151–180.
18. Philip Manow, (Ent-)Demokratisierung der Demokratie. Berlin 2020. Selk, Demokratiedämmerung. Ingolfur Blühdorn, The legitimization crisis of democracy: Emancipatory politics, the environmental state and the glass ceiling to socio-ecological transformation, Environmental Politics 29 (2020), 1,, S. 38–57.
19. vgl. Blühdorn, Unhaltbarkeit.

Ingolfur Blühdorn

Ingolfur Blühdorn ist Professor für soziale Nachhaltigkeit und Leiter des Instituts für

Gesellschaftswandel und Nachhaltigkeit (IGN) an der Wirtschaftsuniversität Wien. Seine Forschungsschwerpunkte sind Politische Soziologie, Gesellschaftstheorie, der Wandel moderner Demokratien und umweltpolitische Theorie. Zu den wichtigsten deutschsprachigen Publikationen gehören „Simulative Demokratie. Neue Politik nach der postdemokratischen Wende“ (2013), „Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet“ (2020) und „Unhaltbarkeit. Auf dem Weg in eine andere Moderne“ (2024).

Dieser Beitrag wurde redaktionell betreut von Hannah Schmidt-Ott.

Artikel auf soziopolis.de:

<https://www.sozopolis.de/hinterm-horizont-gehts-weiter.html>